

## Liebe Leserinnen und Leser,

die furchtbaren Bilder aus der Ukraine machen uns fassungslos, hilflos und wütend.

Welche humanitäre Katastrophe die Ukrainerinnen und Ukraine gerade erleben, ist kaum vorstellbar. Sie kämpfen um ihre Freiheit, ihre Rechte und ihr Leben. Sie kämpfen aber auch für uns und unsere Werte. Für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Für Putin ist es eine Friedensmission - für uns ein Kriegsverbrechen. Wer das Wort „Krieg“ in den Mund nimmt, wird in Russland verhaftet.



Wir spüren, wir stehen vor einer Zeitenwende. Wir sind schon mittendrin. Europa war lange Zeit zu naiv gegenüber Putin. Schon bei der Annexion der Krim 2014 hätte Europa schärfere Sanktionen verhängen müssen. Die nun beschlossenen Sanktionen treffen Russland hart. Sie treffen aber auch uns. Aber in diesem historischen Moment geht es um den Frieden - alles andere ist zweitrangig.

Wir stehen fest und geschlossen an der Seite der Ukraine. Die Menschen haben unsere volle Solidarität und Unterstützung verdient.

Wir müssen daher alles tun, um zu unterstützen und zu helfen, auf der politischen, aber auch auf der gesellschaftlichen Ebene. Ich danke allen, die in den vergangenen Tagen durch Kundgebungen, Spenden und Hilfslieferungen oder einfach durch mitfühlende Gedanken aktiv geworden sind. Ich freue mich über jede einzelne Initiative.

Bleiben wir zuversichtlich und im Frieden miteinander!

Mit freundlichen Grüßen,



P.S.: Viele Zahlen und Bewertungen sind mit dem heutigen Newsletter schon wieder überholt. Ich bitte um Ihr Verständnis!

## Mein Europa

### Meine Rede vor dem Europäischen Parlament zum Gender Action Plan III

Passend zum Weltfrauentag am 08. März habe ich im Plenum zum Gender Action Plan III gesprochen. Die Gleichstellung der Geschlechter ist nicht nur ein fundamentales Menschenrecht, sondern auch die Voraussetzung für eine friedliche und gedeihende Welt.

Die Aufzeichnung der ganzen Rede finden Sie [hier](#) sowie [hier](#) die schriftliche Version.

### Meine Rede vor dem Europäischen Parlament zum Environment Action Programme

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine wird zu erheblichen Ernteaufschlägen führen. Die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln gerät in Europa und weltweit in Gefahr. Für uns ist deshalb klar: Wir müssen jeden Hektar landwirtschaftlichen Boden in Europa nutzen, um die Lebensmittelversorgung zu sichern!

Meine ganze Rede im Plenum finden Sie [hier](#), [hier](#) die Verschriftlichung.

### Oksana Sabuschko vor dem Europäischen Parlament

Am Internationalen Tag der Frauen sprach die ukrainische Schriftstellerin **Oksana Sabuschko** vor dem EU-Parlament über die Not ihrer Mitbürger, die von Russland angegriffen werden. Die Schriftstellerin verließ die Ukraine kurz vor Kriegsbeginn nur mit Handgepäck. Sabuschko ist eine führende Persönlichkeit des öffentlichen Lebens in der Ukraine, und setzt sich für die Demokratie ein. In ihren Romanen gibt sie Frauen eine Stimme, um für ihre Rechte zu kämpfen. Nun müsse sie zum ersten Mal für das Recht der Frauen auf ihr Leben selbst eintreten, sagte sie vor den Abgeordneten. Sabuschko sprach den ukrainischen Frauen und Mädchen ihre Bewunderung aus und bat das Europäische Parlament um Beistand beim Schutz der Frauen und Kinder vor dem Kriegsgeschehen.

Die Aufzeichnung der Rede sowie der Reaktionen der Abgeordneten finden Sie [hier](#).

### Kaja Kallas über die Rolle der EU in einer Welt im Umbruch

Am 09. März sprach die Ministerpräsidentin Estlands **Kaja Kallas**, im Rahmen der Debatte über die Sicherheitslage der EU nach den Aggressionen Russlands gegen die Ukraine, vor dem Europäischen Parlament.

Die Ministerpräsidentin, deren Land sich eine fast 300 km lange Grenze mit Russland teilt, verkündete ihre Solidarität zur Ukraine und der ukrainischen Bevölkerung. Sie wandte sich außerdem an die russische Bevölkerung in der Hoffnung auf ein demokratisches und stabiles Russland. Die Aufgabe der EU wird es nun sein, die Desinformation der Bürger Russlands zu unterbinden.

Kallas lobte die schnelle und geschlossene Reaktion der EU und die Solidarität der EU-Bürger mit den Ukrainern. Sie rief zur Einigkeit aller Staaten gegenüber Russland auf.

Die Aufzeichnung der Rede vor dem Parlament finden Sie [hier](#).

## Sonderausschuss ausländische Einflussnahme und Desinformation

Das Europaparlament debattierte den Abschlussbericht des Sonderausschusses zu ausländischer Einflussnahme sowie Desinformation (INGE) und forderte darin von der EU-Kommission konkrete Maßnahmen. Hierzu erklärt **Sabine Verheyen (CDU)**, Mitglied des Sonderausschusses und Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung des Europaparlaments:

„Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine tobt auch ein Informationskrieg. Russland setzt dabei erneut gezielt auf Desinformation und Propaganda, um den brutalen Krieg gegenüber den eigenen Bürgern zu rechtfertigen. Gleichzeitig soll das Verbreiten von Falschinformationen Ängste schüren und die Gegner destabilisieren.

Vor allem soziale Medien spielen bei Desinformation und Propaganda eine besonders kritische Rolle. Solange die großen Plattformen der Sozialen Medien Desinformation nicht wirklich eingrenzen bzw. beenden können oder wollen, bleiben sie eine Verteilmaschine nicht nur für ausländische Propaganda. Wir brauchen eindeutige Transparenzstandards dafür, wie Desinformation erkannt und wann sie gelöscht werden muss. Und auch für das letzte Mittel der Löschung eines Kontos muss es klare Regeln geben. Es ist entscheidend, dass wir die legislativen Möglichkeiten nutzen, um hier handlungsfähiger zu werden, und die Unversehrtheit unserer Demokratie besser schützen können.

Es ist nicht immer leicht, Nachrichten von Desinformation zu unterscheiden. Wir brauchen deshalb mehr Medienkompetenz von den Schulen bis zur Erwachsenenbildung. Nur wer solide Kenntnisse über den News-Dschungel im Netz hat, kann sich online mit einem kritischen Blick sicher bewegen. Das dürfen wir nicht unterschätzen.

Finanzierungsströme für politische Parteien oder politische Werbung in sozialen Medien bilden ein weiteres Problem. Bisher gibt es einen Flickenteppich an nationalen Regelungen. Das macht es für Akteure von außen leicht, radikale Parteien in der EU zu finanzieren. Wir brauchen ein EU-einheitliches Regelwerk, damit wir unser Modell des demokratischen Rechtsstaats bewahren können.“

### Hintergrund:

Während eines Zeitraums von fast zwei Jahren hat der Sonderausschuss die Aussagen von mehr als 100 Experten gehört, deren Beiträge die Grundlage für den Bericht bildeten. Die EVP-Fraktion fordert die Europäische Kommission auf, eine wirksame Strategie vorzulegen, um hybriden Bedrohungen im Zusammenhang mit ausländischen Eingriffen zu begegnen und zu verhindern, dass kritische Infrastrukturen in die Hände von Drittländern gelangen. Das Plenum des Europaparlaments wird den Forderungskatalog samt Handlungsempfehlungen am Mittwoch verabschieden.

## Situation der Flüchtlinge nach russischer Aggression und Europas Sicherheitslage nach russischer Aggression

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist erschütternd, macht fassungslos und entsetzt uns. Jeden Tag aufs Neue berühren uns die furchtbaren Bilder aus der Ukraine und die Besorgnis über die fortgesetzte, menschenverachtende russische Offensive, die unschuldige Männer, Frauen und Kinder in den Tod reißt.

Die Sicherheitssituation in Europa ist höchst fragil. Putins brutaler Krieg sowie seine wahn sinnigen Drohungen sind nicht nur ein Angriff auf die Ukraine, sondern stellen auch eine Attacke auf alles dar, wofür Europa steht: Freiheit, Demokratie und Menschenrechte. Umso wichtiger ist es, dass Europa mit einer Stimme spricht und der Ukraine solidarisch

zur Seite steht. Die Sanktionspakete gegen Russland und Belarus, welche die EU überraschend schnell und mit großer Einigkeit auf den Weg gebracht hat, sind das richtige Signal. Europa steht jetzt auch vor einer immensen humanitären Aufgabe. Wir müssen die Kriegsflüchtlinge, die Furchtbares in ihrer Heimat erlebt haben, schnell und sicher aufnehmen. Die Richtlinie zum temporären Schutz, die bereits als Antwort auf die Balkankriege erstellt wurde, ist das richtige Instrument, um schnelle und unbürokratische Hilfe in dieser absoluten Notsituation zu leisten.

### **Hintergrund:**

Laut UNO sind bereits über eine Million Menschen aus der Ukraine geflohen (Stand 03.03.2022). Es wird mit vielen Tausend mehr gerechnet. Vor allem Frauen und Kinder sowie Menschen über 60 Jahren suchen momentan in der EU Zuflucht. Die EU-Kommission hatte auf Bitten der EU-Staaten vorgeschlagen, für den schnellen und unbürokratischen Schutz der Kriegsflüchtlinge erstmals eine Richtlinie, die in Folge der Balkankriege in den 1990er Jahren geschaffen wurde, in Kraft zu setzen. Der Schutz gilt zunächst für ein Jahr, kann jedoch um insgesamt zwei weitere Jahre verlängert werden. Zugleich werden den Schutzsuchenden Mindeststandards wie der Zugang zu Sozialhilfe und eine Arbeitserlaubnis garantiert.

### **Flüchtlingshilfe der EU-Kommission**

Zu den Vorschlägen der EU-Kommission zur sofortigen Flüchtlingshilfe erklärt die migrationspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe **Lena Düpont (CDU)**:

„Mehr als zwei Millionen Menschen sind in der Ukraine nach der brutalen russischen Invasion zur Flucht gezwungen worden. Angesichts dieser humanitären Katastrophe war die vereinte europäische Reaktion, Flüchtlinge rasch und unbürokratisch aufzunehmen, ein außergewöhnlicher Beweis für Solidarität und Einigkeit. Die Richtlinie über vorübergehenden Schutz wird den Flüchtenden Sicherheit, Rechtsschutz und weitgehende Aufenthaltsrechte gewähren. Der heutige Vorschlag der Kommission, unbegleiteten Minderjährigen Vorrang einzuräumen und sicherzustellen, dass sie Zugang zu Bildung haben, ist das richtige Signal.

Schnelle und unbürokratische Hilfe bedarf es jetzt auch bei der Durchführung von Grenzkontrollen und der Registrierung Geflüchteter. Unser Dank und Beistand gilt deshalb insbesondere unseren europäischen Agenturen wie Frontex und der Europäischen Asylagentur, sowie den Mitgliedstaaten, welche am meisten von den Flüchtlingsströmen betroffen sind. Diese Länder haben unsere volle Unterstützung verdient. Das gilt nicht nur für finanzielle Hilfen, die aufgestockt und wo nötig aus dem laufenden Haushalt umgewidmet werden müssen. Die Gelder müssen auch dafür verwendet werden, Geflüchteten in den Aufnahmeländern den unmittelbaren Zugang zur Daseinsvorsorge, dem nationalen Arbeitsmarkt sowie wirksamen Integrationsmaßnahmen einzuräumen.

Für die Millionen Binnenvertriebenen in der Ukraine müssen umgehend humanitäre Korridore eingerichtet werden. Medikamente und Hilfsgüter müssen die Zivilbevölkerung ohne weiteres, schuldhaftes Zögern erreichen, um eine weitere Eskalation der humanitären Krise abzuwenden.“

### **Goldene Visa und goldene Pässe**

Nicht erst der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigt, wie problematisch sogenannte goldene Visa und Pässe für die EU sind. Über die genaue Anzahl von reichen Russen,

die durch solche u.a. von den EU-Staaten Malta und Zypern verkauften Visa oder Pässe in den Besitz eines EU-Passes gekommen sind, kann man nur mutmaßen. Sie profitieren von all den Vorteilen des Europäischen Binnenmarkts wie zum Beispiel der Niederlassungsfreiheit in der gesamten EU. Die EU-Kommission sieht Risiken insbesondere bezüglich Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Korruption. Goldene Visa und goldene Pässe ziehen zu viele zwielichtige Gestalten an und sind ein Einfallstor für die organisierte Kriminalität. Das Europäische Parlament macht jetzt Druck. Nächste Woche verabschieden wir einen Bericht, der sich mit dem Thema auseinandersetzt und die Mitgliedstaaten und EU-Kommission zum Handeln auffordert. Die Staatsbürgerschaft eines EU-Staates darf nicht zum Verkauf stehen.

#### **Hintergrund:**

Der legislative Initiativbericht des Europaparlaments schlägt ein Gesetzespaket zur umfangreichen Regulierung von goldenen Visa vor und fordert die EU-Kommission auf, schnell gesetzgeberisch tätig zu werden.

### **EVP-Statement über goldene Pässe**

Das Europaparlament debattierte und forderte in Straßburg ein Verbot der Praxis, Staatsbürgerschaften im Gegenzug für Investitionen zu vergeben. Hierzu erklärt die stellvertretende innenpolitische Sprecherin der EVP-Fraktion, **Lena Düpont (CDU)**:

„Unionsbürgerschaft und Aufenthaltsrecht dürfen nicht als Ware behandelt werden. Käufliche EU-Pässe und Aufenthaltsgenehmigungen untergraben das Wesen der EU-Staatsbürgerschaft. Wir haben die Pflicht, unsere Unionsbürgerschaft zu schützen. Ansonsten gefährden wir elementare Errungenschaften, die für alle Europäer und Europäerinnen gelten, wie die uneingeschränkte Reisefreiheit im Schengen-Raum.

Die in manchen Mitgliedstaaten viel zu lange bestehende Praxis, Aufenthaltstitel und Staatsbürgerschaften gegen Investitionen im Land zu verleihen, sind seit jeher Einfallstor für Korruption, Geldwäsche und Kriminalität. Wir können nicht weiter zulassen, dass es Oligarchen so leicht haben, ihr schmutziges Geld und ihre zwielichtigen Geschäfte in die Union zu bringen.

Einbürgerungen fallen zwar in die ausschließliche Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Sie betreffen durch die Reise- und Niederlassungsfreiheit aber alle und stellen für die gesamte EU eine eklatante Sicherheitsbedrohung dar.

Allen voran Malta und Zypern haben mit dem Verkauf von Staatsbürgerschaften ein lukratives Geschäftsmodell entwickelt und Milliarden eingenommen. Die Beendigung des sogenannten Golden-Passport-Programms sowie die eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren waren überfällig, reichen aber nicht aus. Im Kampf gegen Korruption ist auch den Machenschaften dubioser Kanzleien und Beratungsfirmen umgehend Einhalt zu gebieten. Die nötigen Instrumente hierfür haben wir an der Hand.“

### **Sachstand der EU-Finanzsanktionen gegenüber der Russischen Föderation**

Russlands Angriff gegen die Ukraine erfordert eine geschlossene und starke Reaktion der Europäischen Union. Dies ist eine Zusammenfassung der EU-Finanzsanktionen gegenüber der Russischen Föderation. Das ganze Dokument finden Sie [hier](#).

- Die EU und ihre Verbündeten haben die auf ihren Territorien verwahrten Währungsreserven der russischen Zentralbank in Höhe von rd. 300 Mrd. EUR eingefroren. Diese Mittel stehen der russischen Zentralbank somit nicht mehr zur Verfügung, um die eigene Währung zu stützen oder Importe zu finanzieren.
- Die russische Währung Rubel ist nach Verkündung der jüngsten Sanktionen auf ein Rekordtief gefallen. Die direkten und indirekten Wirkungen belasten die russische Volkswirtschaft erheblich. So sah sich die russische Zentralbank gezwungen, den Leitzins auf 20 % zu erhöhen, was Konjunktur und Beschäftigung belasten wird. Auch könnten russische Haushalte und Unternehmen, die Fremdwährungskredite aufgenommen haben, vor der Zahlungsunfähigkeit stehen, weil infolge der Währungsabwertung ihr Schuldendienst erschwert ist.
- Erste Schätzungen gehen von einem Einbruch der russischen Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal 2022 um 35 % aus.
- Der Rat hat beschlossen, dass ab dem 12. März 2022 sieben russische Banken aus dem SWIFT-Netzwerk auszuschließen sind. Die größte und drittgrößte Bank - Sberbank und Gazprombank - sind von dem Ausschluss nicht umfasst, um die Bezahlung russischer Gaslieferungen in die EU weiter abwickeln zu können.
- Die russische Wirtschaft und der russische Staatshaushalt hängen maßgeblich von Exporten fossiler Energien ab. Die EU ist der wichtigste Handelspartner in diesem Bereich.
- Nach ersten vorläufigen Einschätzungen der Deutschen Bundesbank sind die direkten finanziellen Risiken für das deutsche Finanzsystem eher gering.

### Der Proteinpflanzenknappheit entgegenwirken

Die EU ist auf Importe von Proteinpflanzen aus der Ukraine angewiesen. Die Ukraine ist einer der fünf größten Exporteure von Sojabohnen, Raps- und Sonnenblumensamen für die EU. Durch die russische Aggression gegen die Ukraine besteht die Gefahr eines Eiweißmangels in der Europäischen Union durch nicht eingefahrene Ernten und unterbrochene Transportwegen. Wir Agrarpolitiker der CDU/CSU drängen auf schnelle Maßnahmen. Die Auswirkungen der Ukrainekrise sind noch ungewiss, allerdings müssen wir jetzt alles dafür tun, um Versorgungsengpässe zu vermeiden.

Die gemeinsame Pressemitteilung zum Thema finden Sie [hier](#).

### Stilllegung von Ackerland aussetzen

Wir fünf deutschen CDU/CSU-Abgeordneten im Landwirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments, Peter Jahr, Norbert Lins, Lena Düpont, Christine Schneider und ich, fordern die Kommission auf vor dem Hintergrund des Ukrainekriegs die Stilllegung von Ackerflächen zu pausieren.

Unsere gemeinsame Pressemitteilung finden Sie [hier](#).

## Rechtstaatlichkeit und der EU-Haushalt

Die Einführung einer Konditionalität im EU-Haushalt war ein historischer Erfolg. Damit wurde die Auszahlung von EU-Geldern endlich an rechtsstaatliche Grundprinzipien geknüpft. Dies war dringend erforderlich und wurde maßgeblich von CDU und CSU vorangetrieben. Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit, die die Solidität der Haushaltsführung und europäische Finanzinteressen unterminieren, können damit wirksam sanktioniert werden.

Am 16. Februar hat der Europäische Gerichtshof die Rechtmäßigkeit des Mechanismus bestätigt. Daraufhin konnte die Kommission ihre internen Leitlinien zur Anwendung des Mechanismus fertigstellen, welche am 2. März veröffentlicht wurden. Damit steht der Anwendung des Mechanismus nichts mehr im Wege. CDU und CSU fordern, dass die von der Kommission in Aussicht gestellte Anwendung der Haushaltskonditionalität konsequent und rasch erfolgt. Die Kommission sollte das Parlament zudem über die wesentlichen Schritte inhaltlich wie verfahrenstechnisch informieren.

### Hintergrund:

Das Europäische Parlament fordert seit langem mehr Tempo bei der Anwendung des Haushaltskonditionalitätsmechanismus. Eine im März zur Abstimmung stehende Entschließung fordert die EU-Kommission erneut zum Handeln auf.

## Präsentation des Europäischen Datengesetzes

Die EU-Kommission hat im Februar ihren Vorschlag für ein Europäisches Datengesetz (EU Data Act) präsentiert. Dazu erklärt **Angelika Niebler (CSU)**, Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe, Vorsitzende der CSU-Europagruppe und Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des Europaparlaments:

„Mit dem Data Act möchte die EU sowohl ihren Bürgerinnen und Bürgern als auch der Wirtschaft einen breiteren Zugang zu Daten ermöglichen und Anreize für eine gemeinsame Datennutzung setzen - das betrifft ein breites Produktspektrum, von der Smartwatch bis zum Auto und auch virtuelle Sprachassistenten. Firmen dürfen die Daten von Nutzerinnen und Nutzern aber nur auf Grundlage einer entsprechenden vertraglichen Vereinbarung mit diesen verwerten. Wir müssen dabei sicherstellen, dass es nicht zu komplizierten Verkläusulierungen wie bei den Datenschutzerklärungen kommt, die die Nutzerinnen und Nutzer nicht einfach durchblicken können.

Der Data Act besagt, dass alle Anbieter von Cloud-Infrastruktur gemeinsame Standards schaffen müssen, um einen problemlosen Wechsel zur Konkurrenz zu gewährleisten. Das bedeutet mehr Wahlfreiheit für die Verbraucherinnen und Verbraucher und bietet Chancen für Start-ups.

Es ist richtig, Verbraucherinnen und Verbrauchern wie auch Unternehmen darin noch mehr Mitspracherecht zu geben, was mit ihren Daten passiert. Wir müssen allerdings auch sicherstellen, dass diese Daten im Einklang mit europäischen Vorschriften zum geistigen Eigentum, Geschäftsgeheimnissen und Datenschutz geteilt und verarbeitet werden. Wenn uns das gelingt, dann kann Europa weltweit Vorreiterin einer neuen digitalen Ordnung werden.“

### Hintergrund:

Mit dem vorgestellten europäischen Datengesetz, dem "EU Data Act", soll unter anderem geregelt werden, wer künftig berechtigt sein wird, die Daten, die mittlerweile von smarten Kühlschränken bis hin zu Traktoren generiert werden, zu nutzen. Das Datengesetz soll den Wettbewerb im digitalen Markt stimulieren und Daten für alle zugänglicher machen - Firmen, Start-ups, aber auch den Nutzerinnen und Nutzern.

Nach dem Data Governance Act, der im März 2022 im Europäischen Parlament endgültig verabschiedet werden soll, ist der heutige Vorschlag die zweite zentrale Gesetzgebungsinitiative zur Umsetzung der europäischen Datenstrategie vom Februar 2020. Die Strategie zielt darauf ab, die EU an der Spitze der datengetriebenen Wirtschaft und Gesellschaft zu positionieren. Das neue Datengesetz wird in den kommenden Wochen und Monaten im Europäischen Parlament geprüft, diskutiert und angepasst werden.

### Strategieplan für Gemeinsame Agrarpolitik ist endlich in Europa

Das Bundeslandwirtschaftsministerium übergab im Februar den nationalen GAP-Strategieplan an die EU-Kommission. Darin soll die ökologische Landwirtschaft eine große Rolle spielen, handfeste neue Ideen für den Ökolandbau fehlen jedoch.

Neue Verpflichtungen durch die GAP sowie strengere Vorgaben durch die seit Januar greifende EU-Ökoverordnung stellen heimische Betriebe vor große Herausforderungen, für die der Landwirtschaftsminister noch keine Lösung präsentiert hat.

Meine Pressemitteilung zum Thema lesen Sie [hier](#).

### Geheimsache „Rote Gebiete“: Fachliches und politisches Nirwana

Das Bundeslandwirtschaftsministerium und das Bundesumweltministerium haben ihre Vorschläge zur Neuausweisung der mit Nitrat belasteten Gebiete in Deutschland an die EU-Kommission gesendet. Die Inhalte bleiben geheim. Die Geheimniskrämerei der Bundesregierung führt unsere Bäuerinnen und Bauern immer mehr ins fachliche und politische Nirwana.

Meine Pressemitteilung zum Thema finden Sie [hier](#).

### Lieferkettengesetz der Kommission

Die EU-Kommission legte ihren Vorschlag für ein europäisches Lieferkettengesetz vor. Hierzu erklärt **Axel Voss (CDU)**, rechtspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„In einer zunehmend globalisierten Welt, ist unternehmerisches Handeln enger denn je mit Verantwortung verknüpft. Verbindliche Sorgfaltspflichten sind ein wichtiger Schritt, damit Firmen in ihren Wertschöpfungsketten mehr Verantwortung in Bezug auf den Schutz von Menschenrechten und Umwelt übernehmen. Gleichzeitig schaffen wir mit einheitlichen Vorschriften in Europa gleiche Wettbewerbsbedingungen sowie Rechtssicherheit für alle Unternehmen.

Allerdings ist nicht jedes Unternehmen in der Lage, jeden einzelnen seiner möglicherweise tausenden von Lieferanten zu kontrollieren. Zwar sind KMU vom Gesetz ausgenommen, allerdings sollte auch großen Unternehmen die Möglichkeit gelassen werden, nur dort zu



kontrollieren, wo klare Risiken vorliegen. Ansonsten entsteht ein zahnloser Tiger, der keine Verbesserungen bringt, sondern Unternehmen mit völlig sinnloser Bürokratie überlädt.“

## Nachhaltige und unabhängige Energieversorgung Europas

Zu den Vorschlägen der EU-Kommission für eine bezahlbare, sichere und nachhaltige Energieversorgung erklärt **Markus Pieper (CDU)**, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe und Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie:

„Der russische Angriff auf die Ukraine ist der Wendepunkt für die Europäische Energiepolitik. Mit seinem Angriffskrieg hat Putin selbst den Ausstieg aus der Abhängigkeit Europas von Russland eingeleitet. Das Europäische Parlament und gerade wir in der EVP-Fraktion haben zuletzt viele Vorschläge gemacht, wie die Abhängigkeit Europas reduziert werden kann, beispielsweise mit dem stärker beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien. Die Kommission nimmt heute viele unserer Vorarbeiten auf. Ich begrüße die Maßnahmen zur Erreichung höherer Speicherfüllstände vor dem Winter und auch die vorgeschlagene Anpassung der ETS-Beihilfeleitlinien, damit mehr Branchen in Strompreis-Kompensationen einbezogen werden. Auch die konkreten Vorschläge für eine zeitnahe Umsetzung einer global ausgerichteten Wasserstoff-Importinitiative sind zielführend und war ein EVP-Kernforderung. Je stärker diese Initiative greift und je breiter sie diversifiziert ist, je höher, sicherer und kostengünstiger wird der Anteil erneuerbarer Energien.

Dennoch könnte Europa noch mehr tun. So sind die Vorschläge zum beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien zwar richtig, aber wenn die Kommission den Mitgliedsstaaten empfiehlt, ein „öffentliches Interesse“ für bestimmte Regionen auszusprechen und damit Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, muss Sie auch den zweiten Schritt tun: sie muss Kompromisse beim Artenschutz zulassen, also den Mitgliedsstaaten rechtlich die Möglichkeit einräumen, bei gefährdeten Tierarten nicht mehr die einzelne Fledermaus als Ausschlusskriterium für neue Anlagen zu sehen, sondern nur die Gefährdung der Art insgesamt.

Der Vorschlag zur steuerlichen Abschöpfung der „windfall-Profits“ für Erneuerbare Energien darf nicht zu einer unumkehrbaren Aushebelung des Großhandelsmarktes führen. Wichtiger für ein schnelles Abbremsen des Preisanstiegs ist, dass die Mitgliedsstaaten endlich die Abgabenlast und die steuerlichen Belastungen runtersetzen.

Auch das Thema eines Importstops für Öl- und Gas gehört auf den Tisch künftiger Sanktionen. Klar ist, dass ein Embargo schwerste Folgen für Bevölkerung und Wirtschaft auf beiden Seiten hätte, wobei die Auswirkungen auf das unmittelbare Kriegsgeschehen zweifelhaft erscheinen. Die Kommission muss sich hier in Abstimmung mit den betroffenen Mitgliedsstaaten positionieren.“

## Bericht zur Erneuerbaren-Energie-Richtlinie im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

Zur Präsentation seines Berichtsentwurfs zur Erneuerbare-Energien-Richtlinie ("RED 3") im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie erklärt **Markus Pieper (CDU)**, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe und Berichterstatter des Europaparlaments für die Erneuerbare-Energien-Richtlinie:

"Der russische Angriff auf die Ukraine erfordert eine Neuausrichtung unserer europäischen Energiepolitik. Vor allem der beschleunigte Ausbau der erneuerbaren Energien wird Europa Unabhängigkeit und Sicherheit bringen. Dies wird sich mittelfristig auch auf die Energiepreise auswirken.

Die Europäische Kommission hat im Juli 2021 vorgeschlagen, den Anteil der erneuerbaren Energien am Energieverbrauch bis 2030 von 32% ("RED 2") auf 40% ("RED 3") zu erhöhen. Damit sollte der Beitrag Europas zum Pariser Klimaabkommen und die Klimaneutralität für 2050 sichergestellt werden. Der russische Krieg gegen die Ukraine zwingt uns nun, den Fokus noch viel stärker auf unsere Unabhängigkeit zu setzen.

Wir müssen unsere Zielvorgaben für Erneuerbare Energien schneller höhersetzen. Ich schlage eine Erhöhung des Ziels auf 45% vor - vorbehaltlich einer Bestätigung durch Folgenabschätzungen des Europäischen Parlaments und der Kommission. Denn nur so werden wir unabhängiger und können Putin zeigen, dass wir auch ohne ihn können."

### **Hintergrund:**

Markus Pieper stellte seinen Berichtsentwurf Anfang März im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie vor.

Der Berichtsentwurf von Markus Pieper enthält u.a. die folgenden Vorschläge:

- Vorfahrt für Erneuerbare: Investitionen in erneuerbare Energien sind künftig "im öffentlichen Interesse" und deshalb bevorzugt zu genehmigen.
- Förderung verstärkter Synergien des Binnenmarktes und Verdopplung der Ambitionen für den grenzüberschreitenden Ausbau relevanter Grünstromproduktionskapazitäten und Wasserstoff-Netze. Mitgliedsstaaten mit einem hohen Stromverbrauch sollen bis 2025 sogar ein drittes grenzüberschreitendes Projekt beschließen.
- Forderung nach einer großangelegten Grünstrom- und Wasserstoff-Importinitiative mit konkreten Mengen-Zielsetzungen aus diversifizierten Lieferländern. Eine Importenergie-Strategie ist notwendig. Raus aus einseitigen Energieabhängigkeiten und rein in Allianzen: Aufbau von Wasserstoff- und Grünstromproduktion mit Industrie- und Entwicklungsländern und entsprechendem Handel - Win-Win für Alle.
- Übergangsweise sollen Low-Carbon-Lösungen zugelassen werden, um neben dem Ausbauziel für erneuerbare Energien auch das CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel verlässlich einhalten zu können. Insbesondere das Ziel von 50% grünem Wasserstoff bis 2030 in der Industrie ist vorhersehbar nicht machbar. Wichtig: low-carbon-Energien werden zur Reduzierung der THG angerechnet, nicht aber auf das Gesamtziel der Erneuerbaren am Energieverbrauch bis 2030
- Anhebung des Treibhausgasreduktionsziels für erneuerbare Kraftstoffe und Elektrizität von 13 % (Kommissionsentwurf) auf 20 % und Erhöhung der Quoten für Biofuels und für erneuerbare synthetische Kraftstoffe, um echte Signale für Technologieoffenheit zu geben und auch um für nur schwer zu elektrifizierende Wirtschafts-/Verkehrsbereiche und Regionen verlässliche Optionen zu eröffnen.
- Unterstützung von Elektrifizierung, zur Stärkung des Vertrauens der Verbraucher. Verpflichtung der Hersteller, über den Alterungszustand von Autobatterien, deren Ladezustand und Speicherkapazität transparent zu sein.
- Bürokratieabbau: Der Bericht fordert die Kommission auf, konkrete Vorschläge nach dem Grundsatz "one in, one out" zu unterbreiten, bevor die überarbeitete Richtlinie in Kraft tritt.

## Politikgestaltung in Grenzregionen

Grenzregionen sollen mehr Aufmerksamkeit und ein eigenes Budget zur Politikgestaltung erhalten. Dies forderte der regionalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Gruppe, **Christian Doleschal (CSU)** während eines Experten-Workshops zur Verbesserung der Zusammenarbeit in den europäischen Grenzregionen, der auf seine Initiative heute stattfand. Hierzu erklärt Christian Doleschal:

„Die vielen Grenzregionen innerhalb Europas sind ein Musterbeispiel für gelebte europäische Solidarität. Trotz Sprachbarrieren, unterschiedlicher Behördenräume, Corona und außenpolitischer Krisen - die Menschen gestalten engagiert ihren gemeinsamen Lebensraum. Europa wächst buchstäblich an seinen Grenzen zusammen.

Dennoch stehen Grenzregionen immer noch vor zahlreichen strukturellen Nachteilen. Gerade die Pandemie hat gezeigt, dass es an Abstimmung mangelt und wir vieles besser machen können. Grenzsicherungen und Einreiseverbote für Pendler hatten fatale gesundheitsspolitische und wirtschaftliche Folgen, um nur ein offensichtliches Beispiel zu nennen. Darum ist jetzt der Zeitpunkt, die richtigen Lehren zu ziehen und echte Veränderung zu schaffen.

Keine Region ist wie die andere, und soll es auch nicht sein. Eine der wichtigsten Erkenntnisse ist für mich, dass wir maßgeschneiderte Projekte und Initiativen brauchen. Wir brauchen eine Politik, die nicht über die Köpfe der Menschen hinweg entscheidet, sondern gemeinsam vor Ort entsteht. Wir wollen ein Europa, das in Vielfalt geeint ist. Darum müssen wir unsere Europäischen Verbände für die Territoriale Zusammenarbeit stärken. Diese grenzüberschreitenden Arbeitsgemeinschaften sind das Bindeglied, das Europa zusammenhält. Doch ohne das nötige Budget wird sich nicht viel bewegen lassen. Die Europäischen Verbände für die Territoriale Zusammenarbeit brauchen Mittel zur eigenen Verwaltung und eine solide Finanzausstattung. Denn es sind die Verbände vor Ort, die tagtäglich grenzüberschreitende Probleme lösen und das Vertrauen und die Unterstützung der europäischen Legislative brauchen.“

### Hintergrund:

In seinem heutigen Experten-Workshop zur Verbesserung der Zusammenarbeit in den europäischen Grenzregionen diskutierte Christian Doleschal mit Führungskräften der Europäischen Verbände für die territoriale Zusammenarbeit und mit Abgeordneten aus dem Europaparlament sowie dem bayerischen Landtag neue Ansätze und Lösungen wie strukturelle Nachteile in den Grenzregionen ausgeglichen werden können. Podiumsdiskussionsteilnehmer waren die Direktorin des Centrum Bavaria Bohemia Dr. Veronika Hofinger, Michael Dejozé, Direktor der Euregio Maas-Rhein, Pascal Arimont MdEP (CSP, Belgien) als INTERREG-Berichtersteller für die EVP und Dr. Gerhard Hopp, CSU-Landtagsabgeordneter und Mitstreiter für eine engere Kooperation im Grenzraum.

## Europäischer Bürgerpreis 2022

Seit 2008 vergibt das EU-Parlament den Europäischen Bürgerpreis alljährlich an Bürgerinnen und Bürger, Gruppen, Vereinigungen oder Organisationen für Leistungen und Projekte, die den in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerten Werten konkreten Ausdruck verleihen.

Bürgerschaftliches Engagement ist enorm wichtig. Als einer der Grundpfeiler unserer Gesellschaft stärkt es den Zusammenhalt und ist Ausdruck gelebter Demokratie. Mehr als 23

Millionen Menschen engagieren sich ehrenamtlich. Mit dem Europäischen Bürgerpreis wollen wir diejenigen unter uns ehren und den Rücken stärken, die ihre Kenntnisse und Fähigkeiten dazu einsetzen, sich untereinander und insbesondere den Schwächeren zu helfen.

Seit Ende Februar läuft die Bewerbungsphase für den Europäischen Bürgerpreis 2022. Bis zum 18. April 2022 haben Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeiten, zivilgesellschaftliche Projekte für den Wettbewerb einzureichen.

Mehr Informationen zum Europäischen Bürgerpreis finden Sie [hier](#).

## Mein Mittelfranken

### Röthenbach zeigt Solidarität mit der Ukraine

Am 4. März 2022 fand in Röthenbach am Hubert Munkert Platz eine Friedens- und Solidaritätskundgebung mit der Ukraine statt. Die Ukraine hat unsere volle Solidarität und Unterstützung verdient.

Meine Ansprache in Röthenbach finden Sie [hier](#).

### 100 faire Rosen zum Weltfrauentag

Am 8. März war Weltfrauentag. Viele Geschäfte der Laufer Innenstadt haben sich auf Initiative der Frauen Union Lauf zu diesem Tag besondere Aktionen überlegt. Gemeinsam haben die Mitglieder der Frauen Union und ich noch einmal die Werbetrommel am Marktplatz gerührt. Passanten durften sich dabei über eine der 100 fair gehandelten Rosen von mir freuen.

Eine Pressemitteilung zur Aktion finden Sie [hier](#).

### Resolution des CSU-Parteivorstandes zum Krieg in der Ukraine

Die CSU verurteilt aufs Schärfste den verbrecherischen, aggressiven Angriffskrieg, den der russische Präsident Wladimir Putin seit dem 24. Februar 2022 gegen die Ukraine führt. Er stellt eine eklatante Verletzung des Völkerrechts und einen Angriff auf die europäische Demokratie und Friedens- und Werteordnung dar.

Bestürzt über die Eskalation der Gewalt, in tiefer Sorge um die Betroffenen dieser menschlichen Tragödie in der Ukraine und mit großer Entschlossenheit, Europa und unsere Werte zu verteidigen, beschloss der CSU-Parteivorstand:

**1. Wir fordern Putin zum Rückzug auf.** Wir erwarten von Wladimir Putin, die Kampfhandlungen unverzüglich zu beenden, die Waffen schweigen zu lassen und seine Truppen aus der Ukraine zurückzuziehen. Wir unterstützen alle internationalen Bemühungen, die diesem Ziel dienen. Wir wollen Frieden auf dem europäischen Kontinent und die Rückkehr zum unverrückbaren Prinzip der territorialen Integrität. Dafür setzen wir uns gemeinsam mit unseren Verbündeten in der Welt ein.

**2. Wir stehen an der Seite der Ukraine.** Unsere Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die unverschuldet in Not und Angst geraten sind. Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen der Toten und Verletzten dieser sinnlosen Kriegshandlungen. Unser Respekt gilt den tapferen Kämpferinnen und Kämpfern für die Verteidigung der Freiheit des ukrainischen

Volkes. Wir unterstützen sie in ihrem Recht auf Selbstverteidigung, bewusst auch mit Ausrüstung.

**3. Wir halten zusammen für die Freiheit.** Überall, ob bei Demonstrationen, Gottesdiensten, in sozialen Netzwerken, im Sport, der Kultur oder seitens der Wirtschaft – jedes Zeichen für die Ukraine ist ein Bekenntnis zur Freiheit und Demokratie, das wir unterstützen. Gleiches gilt für die enorme Hilfs- und Spendenbereitschaft, für die wir sehr dankbar sind.

**4. Wir sind einig in der NATO.** Wir begrüßen die Stärkung der NATO-Ostflanke gemeinsam mit unseren Verbündeten sowie die damit verbundene Verlegung zusätzlicher US-Streitkräfte. Besonders danken wir unseren Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr für ihren Einsatz. Die NATO ist ein Verteidigungsbündnis und bedroht niemanden. Die atomaren Drohszenarien Putins sind auch vor diesem Hintergrund unangebracht und nicht hinnehmbar. Dies macht aber noch einmal nachdrücklich deutlich: Die Abschreckungskapazitäten der NATO und die nukleare Teilhabe Deutschlands bleiben ein essenzieller Sicherheitsgarant für unser Land.

**5. Wir zeigen klare Kante gegen Putins Aggression.** Wir begrüßen den eingeleiteten außen-, energie- und verteidigungspolitischen Kurswechsel der Ampel-Parteien. Wir teilen ihre Sanktionspolitik gegenüber Russland und bemühen uns, Schäden für die deutsche Wirtschaft auszugleichen. Von allen in den deutschen Parlamenten vertretenen Parteien erwarten wir eine unmissverständliche Verurteilung der Aggression Putins ebenso wie eine entschiedene Distanzierung gegenüber amtierenden und ehemaligen Repräsentanten, die diese Haltung nicht teilen.

**6. Wir sind bereit zur humanitären Hilfe.** Der Krieg in der Ukraine veranlasst viele zur Flucht. Wir unterstützen die ukrainischen Nachbarländer in der unmittelbaren Aufnahme und sind selbst bereit, Schutz und Zuflucht zu gewähren. Entsprechende Maßnahmen zur Unterbringung, medizinischen Versorgung und Betreuung sind bereits in die Wege geleitet. Wichtig ist uns, bei der Einreise Ordnung zu wahren und eine gerechte Verteilung innerhalb Deutschlands und Europas zu gewährleisten. In Deutschland plädieren wir für eine Verteilung der ukrainischen Flüchtlinge nach dem Königsteiner Schlüssel.

**7. Wir investieren in die Landes- und Bündnisverteidigung.** Die veränderte Sicherheitslage in Europa erfordert, dass die Bundeswehr ihren Fokus wieder stärker auf die Landes- und Bündnisverteidigung richtet. Als Partei der Bundeswehr treten wir dafür ein, die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr mithilfe eines Sofortprogramms vollumfänglich zu gewährleisten und ihre Ausrüstung optimal an die Herausforderungen der Zeit anzupassen. Prioritäre Projekte sind die Auffüllung der Munitionsbestände, die Bewaffnung von Drohnen, die Weiterentwicklung des Euro-Fighters, die Beschaffung des Taktischen Luftverteidigungssystems (TLVS) und eine umfassende Stärkung im Bereich Helikopter. Darüber hinaus müssen die Landstreitkräfte durch eine bodengebundene Luft- und Drohnenabwehr, neue Kampf- und Schützenpanzer sowie eine flächendeckende Digitalisierungsoffensive gestärkt und die Reservisten besser ausgestattet werden. Wir unterstützen klar die Erfüllung des NATO 2 %-Ziels. Wir erwarten umfassende und langfristige Investitionen in die Bundeswehr und sind grundsätzlich bereit, den Weg eines zweckgebundenen Sondervermögens zu beschreiten. Unabdingbar sind für uns die Beschleunigung und Entbürokratisierung des Beschaffungswesens und eine neue Kultur der Wertschätzung gegenüber dem Dienst unserer Soldatinnen und Soldaten. Gleichzeitig gilt es, eine funktionsfähige Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion voranzutreiben und das Konzept für eine EU-Eingreiftruppe zu forcieren.

**8. Wir sichern Deutschlands Energieversorgung.** Die Abhängigkeit von Energieimporten ist Achillesferse der Energiewende und Inflationstreiber. Krisenfestigkeit muss künftig Paradigma deutscher Energiepolitik sein. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien hat daher auch geostrategische Bedeutung. In diesem Zusammenhang muss sowohl auf europäischer als auch auf Bundesebene der Ausbau der Wasserstoffwirtschaft intensiv vorangetrieben

werden. Das wird aber nicht ausreichen, um sehr rasch mehr Resilienz zu erlangen. Deshalb müssen, gerade im Interesse der Preisstabilität, Stilllegungen oder Abschaltungen sofort ausgesetzt werden. Um den Anstieg der Energiepreise im Zeichen des Krieges zu dämpfen, fordern wir die Bundesregierung auf, entschieden zu handeln: Die Abschaffung der EEG-Umlage kann nur ein erster Schritt sein, dem zwingend weitere folgen müssen. Es braucht eine sofortige Energiepreisbremse, unter anderem muss die Mehrwertsteuer an der Zapfsäule umgehend von 19 auf 7 Prozent gesenkt sowie die Mineralölsteuer ausgesetzt werden.

**9. Wir stärken den Zivil- und Bevölkerungsschutz.** Die Corona-Pandemie und die aktuelle außenpolitische Krise machen eine Überprüfung des Zivil- und Bevölkerungsschutzes in Deutschland notwendig. Dazu fordern wir den Bund auf. Wir werben insbesondere dafür, Freiwilligendienste etwa durch zusätzliche Rentenpunkte oder Erleichterungen im Hochschulzugang bzw. der Meisterausbildung deutlich attraktiver zu machen und zwar für alle Altersschichten. Eine allgemeine Dienstpflicht halten wir derzeit mit Blick auf die noch zu klärenden verfassungsrechtlichen Hürden des Grundgesetzes und der EMRK sowie die damit verbundenen organisatorischen Herausforderungen für nicht zielführend und nicht umsetzbar.

**10. Wir bekennen uns zur Völkerverständigung.** Wer Angriffskriege in Europa führt, kann für uns kein Partner sein. Wir unterstützen deshalb den Ausschluss Russlands vom SWIFT-Netzwerk und die Sanktionen gegen führende Repräsentanten des Putin-Regimes. Mit Respekt beobachten wir den wachsenden zivilen Einsatz für Frieden auf den Straßen Russlands. Wir sind überzeugt: Die Mehrheit des russischen Volkes steht nicht hinter diesem Krieg. An sie appellieren wir, weiter die Stimme gegen diese brutale Aggression zu erheben.

## Herzensangelegenheiten

### Marlene Mortler Meets - Meine Gesprächsreihe mit Abgeordnetenkolleginnen und Kollegen

Wie sind deutschsprachige Mitglieder des Europaparlaments aus anderen Ländern eigentlich in das EU-Parlament gekommen? Wofür setzen sie sich ein? Und warum sprechen sie so gut deutsch?

Über diese Themen spreche ich mit Kolleginnen und Kollegen in meiner Videoreihe „Marlene Mortler Meets“. Wir möchten damit die Verbundenheit der Personen, die ihre Regionen vertreten, demonstrieren und Politikerinnen und Politiker näher an die Wählerschaft bringen. Dabei wird es auch persönlich: von Kindern bis hin zum Sternzeichen geben meine Gesprächspartnerinnen und -partner Einblicke in ihre Arbeit und ihr Leben.

Die neueste Folge mit meiner Kollegin Roza Thun und Hohenstein aus Polen, sowie alle anderen Folgen zu „Marlene Mortler Meets“ finden Sie auf meiner [Website](#) unter der Rubrik „Im Gespräch“.

### Aufruf der Europa-Union Bayern zur Aktion „Cool-down-Putin“

Die aktuellen Ereignisse in der Ukraine machen uns alle sprachlos, betroffen, wütend. Sie lassen uns ohnmächtig fühlen. Die Europa-Union kann und will nicht schweigen zu einem Angriffskrieg, den keiner im 21. Jahrhundert in Europa für möglich gehalten hat und der

nun bittere Realität geworden ist. Sie tritt seit fast 75 Jahren für das friedliche Miteinander der Völker Europas ein und wird sich der vom russischen Präsidenten Putin angestrebten schrecklichen Zukunft eines wieder in Einflusssphären unterteilten Europas mit allen Mitteln entgegenstellen.

Die Europa-Union ruft zur Solidarität mit der Ukraine und dem Ideal der freien Selbstbestimmung der Völker in Europa auf und unterstützt alle Initiativen und Organisationen, die der grausamen Menschenverachtung des Krieges durch Mitmenschlichkeit, Hilfe und Humanität entgegenwirken.

Sie startet die Aktion "Jedes Grad zählt" und ruft dazu auf, für jeweils eine Woche die eigene Heizung um 1 Grad Celsius herab zu regulieren, um Gas, Strom und Öl zu sparen. Und sie ruft dazu auf, Sprit zu sparen. Das ist beides nicht nur gut für das Klima, sondern auch ein Zeichen gegen die Abhängigkeit von russischem Gas und Öl - so kann zumindest symbolisch gezeigt werden, dass man den Krieg Putins als abhängige Öl- und Gaskonsumenten nicht auch noch finanziell unterstützen will.

Die Europa-Union Bayern ruft außerdem dazu auf, die eingesparten Energiekosten (jedes Grad weniger Raumtemperatur spart z.B. ca. 6-12 % Heizkosten) als Zeichen der Solidarität an die Ukraine zu spenden. Sie können dafür überregionale Spendenorganisationen, das Bündnis Aktion Deutschland hilft oder einen seriösen Verein vor Ort wählen. Achten Sie einfach darauf, dass die Spenden ausschließlich für gemeinnützige Zwecke vor Ort, für Hilfsorganisationen, im Katastrophenschutz und zur Flüchtlingsversorgung eingesetzt werden. Listen mit Kontonummern von einigen Spendenorganisationen finden Sie z.B. hier [www.tagesschau.de/spendenkonten/spendenkonten-133.html](http://www.tagesschau.de/spendenkonten/spendenkonten-133.html) oder [www.radioarabella.de/arabella-aktuell/krieg-in-der-ukraine-wir-bitten-um-mithilfe/](http://www.radioarabella.de/arabella-aktuell/krieg-in-der-ukraine-wir-bitten-um-mithilfe/).

Setzen Sie auf diese Weise dem Schrecken des Krieges einen konstruktiven Beitrag für Frieden und Freiheit der Menschen entgegen. Jede Stimme auf einer Demonstration, jedes eingesparte Grad Heiztemperatur und jeder Euro zählen. Ich danke Ihnen deshalb für jede Form der Unterstützung.

Eine freie Welt braucht ein geeintes Europa mehr denn je. Dafür stehen alle Mitglieder der Europa-Union e.V., ich und ein jeder und eine jede von uns.

## Lesenswert

### Aus Sicht der Hanns Seidel Stiftung: Brüsseler Notizen

Die Hanns Seidel Stiftung in Brüssel veröffentlicht mehrmals im Jahr ihren Newsletter „Brüsseler Notizen“ mit Beiträgen aus ihrer Sicht zur aktuellen Außen- und Entwicklungspolitik in der EU.

### Angriff auf die Ukraine: Brüssel handelt geschlossen und entschieden

Als Reaktion auf die russische Invasion der Ukraine beschlossen die Staats- und Regierungschefs der EU umfangreiche Sanktions- und Maßnahmenpakete. Bei einem Sondergipfel am 24. Februar 2022 verabschiedete die EU ein Sanktionspaket, das die Bereiche Energie, Finanzen, Transport, Ausfuhrkontrollen und Visapolitik betrifft. Am 25. Februar 2022 beschloss Brüssel, die Vermögenswerte des russischen Präsidenten Wladimir Putin und des Außenministers Sergej Lawrow einzufrieren.

Am 26. und 27. Februar 2022 schärfte die EU nach. Russische Banken werden aus dem internationalen Zahlungsverkehrssystem SWIFT ausgeschlossen und das Vermögen der russischen Zentralbank blockiert. Ferner wird der gesamte EU-Luftraum für russische Flugzeuge gesperrt, und die russischen Medien Russia Today und Sputnik werden in der EU verboten. Die wichtigsten Sanktionen werden auf Belarus ausgeweitet. Zum ersten Mal

überhaupt finanziert die EU den Kauf und die Lieferung von Waffen und anderer militärischer Ausrüstung in Höhe von € 500 Mio. an ein Land unter Beschuss. Außerdem stockt die EU humanitäre Hilfe für die Ukraine auf und kündigte am 28. Februar 2022 € 90 Mio. für Soforthilfeprogramme an.

EU-Ratspräsident Charles Michel stellte klar, dass die Invasion ein „Angriff auf den freien und souveränen Staat Ukraine und dessen territoriale Unversehrtheit [ist].“ EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen twitterte „unsere Einigkeit ist unsere Stärke.“

Der Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung Markus Ferber drückte auf Twitter ebenfalls seine Anteilnahme aus. „Mit großer Besorgnis und Entsetzen hören wir von den Ereignissen in der Ukraine. Unsere Gedanken und Gebete gelten den Menschen in der Ukraine.“

### **Gipfel mit Afrikanischer Union: EU stellt Investitionspaket „Afrika-Europa“ vor**

Am 17. und 18. Februar 2022 trafen sich die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der Afrikanischen Union (AU) zum sechsten EU-AU-Gipfel in Brüssel. Beide Seiten einigten sich in einer Erklärung auf eine gemeinsame Vision für eine erneuerte Partnerschaft. Insbesondere stellte die EU dabei ihr Investitionspaket „Afrika-Europa“ vor, das in den nächsten sieben Jahren Infrastrukturen durch private und öffentliche Investitionen in Höhe von € 150 Mrd. im Rahmen der EU-Infrastruktur-Initiative „Global Gateway“ fördern wird. Schwerpunkte liegen auf den Bereichen Energie, Transport, Digitalisierung, der „grünen Transition“, und der Schaffung von nachhaltigem Wachstum und Jobs. Zusätzlich sind Investitionen in den Bereichen Gesundheit und Bildung vorgesehen.

Bei der gemeinsamen Pandemiebewältigung möchten EU und AU einen fairen und gerechten Zugang zu Impfstoffen gewährleisten. Neben 450 Mio. Impfdosen bis zum Sommer sollen Mittel in Höhe von € 425 Mio. die Impffortschritte in Afrika beschleunigen. Darüber hinaus unterstützt die EU das Bestreben Afrikas, Impfstoffe verstärkt vor Ort herzustellen. EU und AU sprachen beim Gipfel zudem über eine verstärkte Partnerschaft für Migration und Mobilität sowie Sicherheit und Frieden. Mehr Hintergrund zum Gipfel ist auf der HSS-Webseite zu finden.

### **Spannungen in Bosnien und Herzegowina: EU-Außenrat ruft zu Dialog auf**

Am 21. Februar 2022 erörterten die EU-AußenministerInnen in Bezug auf die Spannungen in Bosnien und Herzegowina, wie Souveränität, territoriale Integrität und Einheit sichergestellt werden können. Der Außenrat zeigte sich über die zunehmend nationalistische Rhetorik besorgt und rief die politischen Entscheidungsträger dazu auf, Verfassung und Funktionalität der staatlichen Institutionen zu wahren. Die EU-AußenministerInnen betonten die Notwendigkeit des Dialogs bei der weiteren Umsetzung von Reformen, darunter die Wahlrechtsreform vor den Wahlen im Oktober 2022. Für mögliche Strafmaßnahmen angesichts der Abspaltungsbestrebungen des bosnischen Serbenführers Milorad Dodik besteht im EU-Außenrat jedoch keine Einstimmigkeit.

Schon am 10. Februar 2022 kritisierte die EU in einer Stellungnahme das Votum der Nationalversammlung der Republika Srpska für ein Gesetz zur Einrichtung eines separaten Hohen Rates für Justiz und Staatsanwaltschaft in der Republika Srpska. Brüssel warnte, ein solches Gesetz würde die Stabilität und europäische Perspektive des Landes ernsthaft untergraben.



## **Ministerforum für die Zusammenarbeit im indopazifischen Raum**

Am 22. Februar 2022 fand das Ministerforum für die Zusammenarbeit im indopazifischen Raum unter dem Vorsitz des französischen Außenministers Jean-Yves Le Drian und dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell statt. Das Treffen, an dem AußenministerInnen aus EU-Mitgliedstaaten und aus rund dreißig Ländern des indopazifischen Raums teilnahmen, bot die Gelegenheit, der Zusammenarbeit zwischen den zwei Weltregionen neue Impulse zu verleihen. Im Kontext der sogenannten „Indo-Pazifik-Strategie“ und der „Global-Gateway-Strategie“ wurden die Themen globale Gesundheit, Digitalisierung, Umweltschutz und Sicherheit besprochen. Diskutiert wurden Maßnahmen zur Bekämpfung der Meeresverschmutzung sowie die Zusammenarbeit bei Impfstoffen. Ferner kündigte die EU die Ausweitung des Konzepts einer koordinierten maritimen Präsenz im Nordwesten des Indischen Ozeans an.

## **Wahlbeobachtungsmissionen: EU-Engagement für Demokratie weltweit**

Im Zuge der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Kolumbien am 13. März bzw. 29. Mai 2022 beschloss die Europäische Union, auf kolumbianische Einladung eine EU-Wahlbeobachtungsmission zu entsenden. Folglich kann die EU unabhängig bewerten, inwieweit der Wahlprozess den nationalen Gesetzen und den internationalen Standards für demokratische Wahlen entspricht. Die Wahlbeobachtung unterstreicht den Anspruch der EU, Menschenrechte zu fördern und Demokratie zu unterstützen.

Zudem präsentierten die LeiterInnen der EU-Wahlbeobachtungsmissionen im Kosovo und Sambia jeweils Anfang Februar 2022 ihre Abschlussberichte, einschließlich konkreter Handlungsempfehlungen. Demnach wurden zwar die Grundfreiheiten während der Kommunal- und Bürgermeisterwahlen im Kosovo im Oktober und November 2021 beachtet, jedoch bestünden Mängel im Rechtsrahmen fort. Ebenso stünde im Gefolge der Parlamentswahlen vom August 2021 in Sambia u.a. die Einleitung von Wahlreformen im Fokus, deren Umsetzung die EU fördern würde.

## **EU verhängt Sanktionen gegen Juntaregierung in Mali**

Der Putschisten-Führer Assimi Goita verzögert seit geraumer Zeit die versprochenen Parlamentswahlen in Mali. Die EU, die deutliche Kritik an der Hinauszögerung des politischen Übergangs übt, hat deshalb Sanktionen gegen Mitglieder der Übergangsregierung verhängt. Betroffen sind unter anderem der Premierminister Choguel Maiga und der selbsternannte Übergangspräsident Goita. Nach Kritik der französischen Regierung hatte die malische Regierung den französischen Botschafter aufgefordert, das Land zu verlassen. Dies veranlasste Frankreich wiederum dazu, einen Truppenabzug anzukündigen. Im Rahmen der Trainingsmission EUTM Mali befinden sich Soldaten aus verschiedenen EU-Mitgliedstaaten in dem westafrikanischen Land. EU-Außenbeauftragter Josep Borell äußerte die Absicht, die Missionen „einzufrieren“.

## **Treffen mit Vertretern der Golfstaaten**

Im Rahmen des Treffens des Außenministerrats kamen am 21. Februar 2022 VertreterInnen des Golf-Kooperationsrates (Gulf Cooperation Council) der Einladung des EU-Außenbeauftragten Josep Borell zu einem persönlichen Austausch in Brüssel nach. Im Gespräch wurden die gemeinsame Zukunft und die Perspektive für eine engere Kooperation zwischen Kooperationsrat und EU erläutert. Der GKR ist eine internationale Organisation, die 1981 als Reaktion auf die Islamische Revolution und den ersten Golfkrieg gegründet wurde. Ihr gehören die Staaten Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien sowie die Vereinigten Arabischen Emirate an. Seit 1989 kooperiert die EU mit dem GKR

auf Grundlage eines Kooperationsabkommens. Verhandlungen über ein Handelsabkommen konnten bislang noch nicht zu einem positiven Abschluss gebracht werden.

### **Brüssel verschärft Sanktionen gegen Myanmar**

In einer vierten Sanktionsrunde hat der Rat der EU am 21. Februar 2022 restriktive Maßnahmen gegen 22 Personen und vier Organisationen in Myanmar verhängt. In die Sanktionsliste aufgenommen wurden unter anderem Minister und hochrangige Mitglieder der Streitkräfte. Die Maßnahmen umfassen das Einfrieren von Vermögenswerten sowie die Aussetzung direkter Finanzhilfen der EU. Gleichzeitig sprach sich der Rat für die Einhaltung des humanitären Völkerrechts aus. Brüssel reagierte damit auf die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen seit dem Militärputsch vom 1. Februar 2021.

### **Klimadiplomatie: Vertiefung der EU-Maßnahmen gegen den Klimawandel**

Am 21. Februar 2022 verabschiedete der EU-Außenrat Schlussfolgerungen zur Umsetzung der Ergebnisse der UN-Klimakonferenz COP 26 im Jahre 2022. Sie sollen Wege für die Klimadiplomatie der EU und die engere Zusammenarbeit mit Drittländern aufzeigen. Im Mittelpunkt steht dabei die Stärkung der sektorbezogenen Initiativen wie der Aufbau klimaresistenter Energie-, Verkehrs- und digitaler Infrastruktur. Angesichts des globalen Finanzierungsdefizits beim Klimaschutz für nachhaltige und umweltfreundliche Investitionen, insbesondere in Ländern mit mittlerem und niedrigem Einkommen, fordert die EU ausdrücklich die Industriestaaten dazu auf, ihrer Zusage der Bereitstellung von 100 Mrd. USD in 2022 zu diesem Zweck nachzukommen.

---

### **Kontakt:**

Büro Marlene Mortler, MdEP  
Brücker Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51  
[mittelfranken@marlenemortler.eu](mailto:mittelfranken@marlenemortler.eu)  
[www.marlenemortler.eu](http://www.marlenemortler.eu)

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Klara Pinzer, Daniela Seifart

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an [mittelfranken@marlenemortler.eu](mailto:mittelfranken@marlenemortler.eu) mit.